

Klaus Müller

Polens illiberale Revolution

I. Einleitung: Polen und das populistische Phänomen

Mit den Parlamentswahlen vom Herbst 2015 ist Polen in die Welle des postkommunistischen Populismus eingetaucht, welche die Euphorie westlicher Beobachter über die demokratischen Revolutionen von 1989 unter sich begraben hat. Die Osterweiterung der Europäischen Union (EU) seit 2004, Polens „Rückkehr nach Europa“ galt als Siegeszug des liberalen Nationalismus eines Adam Michnik, Milan Kundera und Václav Havel, der nationale Zugehörigkeit in eine gemeinsame europäische Identität überführt. Zugleich sollte die erfolgreiche Transformation der Region einen klaren Kontrast zu den nationalistischen Exzessen im früheren Jugoslawien und einem autokratisch restaurierten Russland bilden. Fünf Jahre nach Beginn des „Übergangs zur Demokratie“ galten die meisten neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropas in dem Sinn als konsolidiert, als über die Regeln des Regierens kein ernsthafter Dissens mehr bestand. Auf Grundlage umfangreicher Datensätze bescheinigte die deutsche Systemwechselforschung den Ländern der Region, demokratische Normen verfassungsförmig, institutionell und verhaltenspraktisch fest verankert zu haben (Merkel 2008).

Wenige Jahre später hat sich das Blatt gewendet. Die Wahlerfolge der populistischen Partei *Smer* unter Robert Fico in der Slowakei, Victor Orbans radikale Ausfälle, das autoritäre Gebaren des tschechischen Präsidenten Milos Zeman und das Comeback der polnischen national-konservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) unter Führung von Jaroslaw Kaczynski haben sich zum Eindruck einer illiberalen Konterrevolution verdichtet, die hinter der Fassade der Demokratie einen neuen Autoritarismus etabliert (Rupnik 2017). Die 1991 im gemeinsamen Interesse an Freihandel, NATO und EU-Beitritt gegründete *Visegrad*-Gruppe dieser vier Länder ist dabei, sich als interne Opposition zu einer auf stärkere Integration drängenden EU zu rekonstituieren. So profiliert sich das wiederbelebte Bündnis, in dem Polen eine Führungsrolle beansprucht, zunächst negativ: in der Behauptung nationaler Souveränität gegenüber Brüsseler Direktiven, in erster Linie in der gemeinsamen Ablehnung einer europäischen Migrationspolitik (Jarczyk u.a. 2016).

Die Rhetorik des postkommunistischen Populismus ist vertraut. An oberster Stelle steht die Verteidigung des eigenen Volkes gegen die Herrschaft internationaler Banken und westlicher Medienkonzerne, gegen korrupte Eliten, die Subversion durch ausländisch finanzierte NGOs und Stiftungen, gegen einen postmodernen Relativismus und nicht zuletzt gegen die deutsche Hegemonie in der EU. Ein starker, personalisierter Staat soll sichere Grenzen, Recht, Ordnung und materiale Gerechtigkeit garantieren.

Die politische Einordnung dieser Diskurse ist gleichwohl kontrovers. Ein überdehnter Begriff des Populismus (vgl. die Kritik von Laclau 2005) oder die Übertragung der traditionellen Rechtsradikalismusforschung auf das populistische Phänomen hilft kaum weiter. Wie Ralf Dahrendorf (2003) am Beginn der populistischen Welle formulierte, ist des einen Populismus des anderen Demokratie, und umgekehrt. Phillippe Schmitter (2006) Bilanz der regressiven und progressiven Seiten populistischer Bewegungen gestand diesen selbst in liberalen Demokratien eine legitime Rolle zu, nämlich marginalisierte Bevölkerungen zu mobilisieren, unterdrückte Interessen zu artikulieren und vermachtete Parteiensysteme von außen aufzubrechen – ohne allerdings langfristig tragfähige Alternativen aufzubauen.

Diese Mehrdeutigkeit gilt nicht weniger für die in Mittel- und Osteuropa anzutreffenden Strömungen, die sich über ein breites Spektrum von linken und zentristischen hin zu rechten und rechtsradikalen Parteien und Bewegungen erstrecken (Stanley 2017). Ihr gemeinsamer Nenner wird üblicherweise in den Enttäuschungen über den opferreichen Weg der nachkommunistischen Reformen gesucht, für welche die liberalen Eliten zur Rechenschaft zu ziehen seien. Linker Populismus hatte wenig Chancen, nachdem die „Marktrevolutionen“ in den 1990er Jahren irreversible Tatsachen geschaffen hatten. Rechter Populismus, der seit dem zweiten Jahrzehnt der Transformation Erfolge verbucht, greift das Misstrauen gegenüber den neu geschaffenen Parteien und Institutionen, die Aversion gegenüber korrupten Eliten und neuen Reichen auf, um sich zum Anwalt des authentischen Volks zu stilisieren. Resonanz findet er bei einem populistischen Publikum, vermeintlich schlechten Verlierern, die ihr Ressentiment nach außen und nach unten richten.

Diagnosen dieser Art erklären die Erfolge des Populismus aus dem Geschick populistischer Führer, Frustrationen aufzufangen, und aus der Unfähigkeit ihrer Wählern, ein positives Verhältnis zu den Chancen und Risiken des liberalen Kapitalismus einzunehmen, nicht aber aus den Realitäten des postkommunistischen Kapitalismus selbst, an denen sich das populistische Phänomen entzündet. Ein solcher Ansatz ist in zweifacher Hinsicht problematisch. Er operiert mit einem moralisierenden Vorurteil gegen die „schlechten Verlierer“ des neu eingeführten Kapitalismus, als wäre dieser ein Spiel, das Gewinne oder Verluste nach dem

Einsatz verteilt. Und er identifiziert populistische Führern mit ihren Wählern, ohne die Repräsentationslücken der postkommunistischen Politik zu analysieren.

Die jüngsten Erfolge populistischer Parteien, allen voran der polnischen PiS, können daher nicht aus dem populistischen Phänomen selbst erklärt werden, aus seinen Erscheinungsformen, Ideologien und Machtstrategien. Gerade weil er eine „dünne“, intellektuell anspruchlose Veranstaltung ist (Caas Mudde; vgl. Tobias Boos in diesem Heft) und auf der Klaviatur von Ressentiments und Affekten spielt, ist seine Wirkung nur aus seinen politischen, kulturellen, ökonomischen und sozialen Kontexten heraus zu verstehen. Sein Erfolg sagt ebenso viel über die Fehlschläge der rivalisierenden Eliten, der konkurrierenden Parteien und deren Programme aus wie über ihn selbst. Nicht zuletzt, was im aktualistischen Blick auf die Gegenwart übersehen wird, war der mittel- und osteuropäische Populismus von vornherein in der „Kapitalistischen Revolution“ (Laszlo Csaba) der Region angelegt, musste also keineswegs auf die europäische Flüchtlingskrise oder die globale populistische Welle warten, die den illusorischen Sieg der liberalen Demokratie nach 1989 abgelöst hat.

In den politischen Wechselfällen Polens artikulieren sich wie in keinem anderen postkommunistischen Land die Widersprüche, die Ambivalenzen und auch das Abdriften des Populismus, von dem *Solidarnosz*, die antikommunistische Massenbewegung der späten 1980er Jahre getragen war, in ein offen illiberales Regime. Zugleich zeigen sich darin allerdings auch die Defekte der einst euphorisch begrüßten Reformstrategie der ersten nachkommunistischen Regierung und die Schwäche politischer Alternativen. Die westlichen Regierungen hatten die *Solidarnosz*-Bewegung seit ihrer Entstehung emphatisch begleitet und die polnische Abkehr vom Kommunismus mit einem singulären Schuldenerlass von (in heutiger Währung) rund 25 Milliarden Euro prämiert. Privatisierungen, Marktreformen und durch Wahlen herbeigeführte Regierungswechsel galten in der Transformationsforschung als Indikatoren der erfolgreichsten Reformgeschichte der Region. An den internen Machtkämpfen und dem Zerfall der *Solidarnosz*, an den sozialen Verwerfungen und der neuen, aus den korrupten Privatisierungen der Wendezeit erwachsenden Klassenstruktur, war man weniger interessiert – mit anderen Worten: an der Konstellation, die den Nährboden des illiberalen Rückschlags nach der Jahrtausendwende bildete.

Aus genau dieser Ignoranz resultiert die hilflose Absicht, Warschau durch Stimmzug in den europäischen Institutionen und die Kürzung von Strukturhilfen sanktionieren zu wollen. Nachdem die EU durch eine inkompetente Krisenpolitik bereits eine Bruchlinie zwischen ihren „Südländern“ und dem „Norden“ gezogen hat, ist sie dabei, eine Spaltung in West und Ost zu riskieren. Die Alternative zu Polens und Ungarns Populisten ist nicht die Rückkehr zu einem nie vorhandenen „liberalen Konsens“ (Rupnik 2017). Im Hintergrund

warten radikalere Nationalisten auf ihre Chance (für einen Überblick: s. Vetter 2017).

II. Von der „Politischen Ökonomie der Reformen“ zum „Populismus freier Märkte“

Der Sieg der PiS bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 und den im Herbst des Jahres anschließenden Parlamentswahlen kam für alle Seiten unerwartet. Die nationalliberale Vorgängerregierung unter Donald Tusks *Bürgerplattform* (PO) hatte sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage und des gewachsenen Ansehens Polens in der EU so sicher gefühlt, dass sie auf einen offensiven Wahlkampf verzichtete. Hinzu kam der Erfolg bei den Europawahlen 2014 und fast alle Umfragen und die Medienöffentlichkeit sprachen für die Fortsetzung eines moderat neoliberalen Kurses. In den westeuropäischen Hauptstädten galt Polen als das Modell erfolgreicher postkommunistischer Reformen schlechthin.

In der überraschenden Abkehr Polens von einer so erfolgreich scheinenden Politik zeigt sich allerdings ein äußerst labiles Parteiensystem, das dem Land seit 1989 neun Parlamentswahlen und 15 Regierungschefs beschert hat. Im Hintergrund dieser Volatilität stehen politische und ideologische Konflikte, die durch die bemerkenswerte Einheit der Bewegung gegen das kommunistische Regime überdeckt waren, nach dem Übergang zur Demokratie allerdings in wechselnden Konfigurationen aufbrachen. Nur vor dem Hintergrund dieser Dynamik lassen sich die mehrfachen Überraschungen, die die polnische nachkommunistische Politik bereithielt, zureichend verstehen.

Dabei entsprach die polnische Ausgangslage der späten 1980er Jahre, in den Kategorien der politikwissenschaftlichen Theorie der Transitionen zur Demokratie ausgedrückt, dem idealen Fall eines *four-player games* (vgl. Linz/Stepan 1997: 61ff.): Die gemäßigten Kräfte der Opposition und des Regimes konnten die radikalen Flügel ihrer jeweiligen Seite neutralisieren und so extreme Krisenlösungen verhindern, nämlich einen Bürgerkrieg oder die Durchsetzung des seit 1981 geltenden Kriegsrechts. Diese Konstellation setzte eine Integrations- und Organisationsfähigkeit voraus, die aufseiten der Opposition durch *Solidarnosz* verkörpert wurde.

Anders als in Ungarn, der Tschechoslowakei oder der DDR war die Auflösung des Kommunismus aus den Protesten einer Massenbewegung hervorgegangen, die Arbeiter, Intellektuelle, Liberale und die katholische Kirche in der Ablehnung des Regimes vereinte. Über mehrere gescheiterte Protestzyklen – den 1956 niedergeschlagenen Aufstand der Arbeiter in Poznan, die Studenten- und Intellektuellenproteste von 1968, Massenstreiks 1970 und 1976 – hatten sich die

Bewegungen 1980 in dem Bewusstsein zusammengeschlossen, nur gemeinsam gegen das Regime bestehen zu können. *Solidarnosz* als übergreifende Organisation, die zu ihrer Hochzeit 10 Millionen Mitglieder umfasste, war insofern populistisch, als sie „eine kohärente kollektive Identität entwickelte, die eine unüberwindbare Trennung zwischen ‘denen’ des fremden kommunistischen Staats und ‘uns’ reflektierte“ (Ekiert 1997: 330) und mit Lech Walesa von einem charismatischen Führer repräsentiert wurde. Den kommunistischen Hardlinern hatte ein Anruf von Gorbatschow klargemacht, dass sie für den Versuch einer gewaltsamen Restauration nicht auf Moskaus Hilfe rechnen könnten. Unter diesen Voraussetzungen wurde der friedliche Übergang zur Demokratie zwischen dem Regime und *Solidarnosz*, der bedeutendsten zivilgesellschaftlichen Massenbewegung der Region, an einem Runden Tisch ausgehandelt.

Der liberale Nationalismus sowie die Verbindung von Bürgerrechten und katholischer Sozialmoral, die die frühe *Solidarnosz* auszeichneten, erschienen als durchaus funktional, um gesellschaftlichen Zusammenhalt in schwierigen Zeiten zu gewährleisten und auch um autoritäre Traditionen in Schach zu halten (Auer 2004: 83ff.). Die katholische Kirche ihrerseits hatte sich in den 1970er Jahren zunächst auf eine vermittelnde Rolle zwischen System und Opposition beschränkt, in den Protesten der 1980er Jahre übernahmen untere Ränge zunehmend aktivere Funktionen, sodass sie 1989 schließlich mit am Runden Tisch saß (Holzer 2007: 139ff.). Diese Konstellation schien stabil genug für einen „vereinbarten Bruch“ mit der Vergangenheit.

Die im Januar 1990 eingeleitete „Schocktherapie“ entsprach der Strukturangepassungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF), der sich Polen als Bedingung des oben erwähnten Schuldenerlasses, aber auch aus eigenen Überlegungen heraus verschrieben hatte. Die *Solidarnosz*-Führung selbst hatte auf eigene Initiative bereits im August 1989 ein Team um Jeffrey Sachs eingeladen, um einen Plan für einen möglichst raschen Übergang zu einer Marktwirtschaft auszuarbeiten. Sachs war sich bewusst, dass die Intention dieses Programm primär politischer Natur war. Da *Solidarnosz* über keine parlamentarische Mehrheit verfügte, wollten ihre intellektuellen Führer durch irreversible Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur einer möglichen Rückkehr der Kommunisten die wirtschaftliche Basis entziehen und zugleich ungewisse „Dritte Wege“ eines Marktsozialismus ausschließen (Sachs 1994; für eine linke polnische Gegenperspektive Kowalik 2011).

Die Regierung unter Tadeusz Mazowiecki war Vorreiter einer Politik, die im neoliberalen Diskurs der 1990er Jahre als „Politische Ökonomie wirtschaftlicher Reformen“ dem „makroökonomischen Populismus“ sozialistischer Verantwortungslosigkeit entgegengestellt wurde. Diese Strategie forderte, die etablierte „Verteilungskonkordanz“ aus Funktionären, Beschäftigten des öffentlichen Sektors und Rentnern durch die Schaffung neuer Eigentümer und dynamischer Mittelklassen

aufzubrechen. Mangels tragfähiger Institutionen und qualifizierten Personals vertraute man den gesellschaftlichen Umbau ganz der Pädagogik entfesselter Marktkräfte an. Abgeschirmt von Interessengruppen, Parteien oder Straßenprotesten, sollte eine technokratische Elite die Gunst der Stunde für eine „extraordinäre Politik“ nutzen, in der Wähler noch keine festen Präferenzen ausgebildet haben.

Das entsprach ganz den rechtsliberalen Vorstellungen des Kreises Danziger Liberaler, dem in den 1980er Jahren Donald Tusk, der spätere Premier Jan Bielecki und auch der gegenwärtige Vorsitzende des *Kongresses der Neuen Rechten* Korwin-Mikke angehörten und der über verschiedene Zwischenstationen in die PO übergang. Aus dessen strikt antikommunistischer Tradition erklärt Jerzy Szacki (2004: 227f.) die Neigung, „den Liberalismus als eine *par excellence* rechte Orientierung zu definieren und alles aus ihm zu eliminieren, was ihn in die Nähe einer noch so gemäßigten Linken stellen könnte, wozu einerseits etwa die Idee eines Wohlfahrtsstaats, andererseits die Demokratie als eigenständiger politischer Wert gehört“. So überrascht es nicht, dass Rechtsliberale wie Tusk in der Situation des Umbruchs durchaus Gefallen an Pinochets Chile oder Dengs China fanden.

Fatalerweise wurde der autoritäre Impuls des Rechtsliberalismus durch die Ikone der antikommunistischen Gewerkschaft sekundiert. Lech Walesa mutierte nach seiner Direktwahl zum Staatspräsidenten (1990-1995) vom Helden der Danziger Arbeiterbewegung zu einem populistischen Führer in der autoritären Tradition Josef Pilsudskis und nutzte seine in alten Zeiten erworbene Autorität einerseits dazu, radikale Marktformen als unvermeidbares Durchgangsstadium zu legitimieren, sich andererseits immer wieder in taktischen Bündnissen über die Mehrheitsverhältnisse des Parlaments hinweg zu setzen und verfassungswidrig mit dessen Auflösung zu drohen (Ziemer/Matthes 2004: 197f.).

Damit war nicht zuletzt die Desintegration des Klassenbündnisses besiegelt, auf dem der Erfolg der Bewegung *Solidarnosz* basierte. Mit dem Eintritt der *Solidarnosz*-Führung in das staatliche Machtgefüge ging nun nicht nur die politische Einheit der Bewegung verloren, sondern auch die soziale Basis für linke Politik schlechthin. Die in Regierungsämter aufgerückten Intellektuellen und Berater Walesas positionierten sich als politische Elite, die Polens Zukunft in der Herstellung einer Mittelklasse erblickte. Ehemals dissidente Intellektuelle, die Karrieren im privaten Sektor und der neuen Publizistik einschlugen, fielen in das in Polen ohnehin lebendige ständische Prestigedenken zurück. Die Leitbilder des Intellektuellen und der Arbeiterklasse wurden durch das Ideal einer wirtschaftlich aufstrebenden Mittelklasse ersetzt, die Diskussionen wanderten aus Werften und Fabrikhallen in Clubs und Verlage. Mit der Klassenpolitik neoliberaler Reformen konfrontiert, zerfielen die alten Vorstellungen von Selbstverwaltung, Egalitarismus und evolutionärem Wandel (Zeniewski 2011: 479ff.). Schon am Runden Tisch saßen nicht Vertreter der Bewegung, sondern ein von Walesa

zusammengestelltes Team technokratischer Experten, unter ihnen der neoliberale Chefstrategie Leszek Balcerowicz.

David Ost hat diese Wende als einen ideologisch motivierten „Marktpopulismus“ kritisiert, der einen Riss durch die polnische Gesellschaft riskierte. Streikaktionen wurden als Gefahr für die neue Ordnung verhandelt, die neuen Eigentümer dagegen zu Trägern der Modernisierung stilisiert – mit der Folge, dass im Vollzug der „kleinen Privatisierungen“ fast alle Unternehmensanteile in die Taschen des Managements und der Aufsichtsräte wanderten (Ost 2005: Kap. 4 u. 154). Der faktischen Privilegierung korrespondierte eine Selbstwahrnehmung der aufgestiegenen Mittelklassen, die sich durch ständische Abgrenzung nach unten legitimiert. Tomasz Zarycki hat die damit geltend gemachten Stigmatisierungen herausgearbeitet, die dem populistischen Phänomen vorausgehen:

„Wenn die, die auf den niedrigeren Rängen der sozialen Leiter platziert sind, ökonomische oder symbolische Forderungen im Namen von ‘Arbeitern’ oder ‘Bauern’ oder anderen Identitäten mit niedrigem Status erheben, werden diese durch eine Rangordnung ausgeschlagen, die dazu dient, die ökonomische Hierarchie zu legitimieren. In dieser Sicht wird die ökonomische Situation der niederen Klassen durch ihren niedrigen kulturellen Status, geringen Bildung und einem Mangel ‘zivilisatorischer Kompetenzen’ gerechtfertigt. Ihr Schicksal als ‘Verlierer der Transformation’ erscheint als verdient, da diesen Gruppen nachgesagt wird, nicht auf der Höhe der ‘unaufhaltsamen’ und ‘rationalen’ Anforderungen der Modernisierung, Europäisierung and Globalisierung zu stehen. Ihre Forderungen werden vor dem westlichen Publikum und zuhause als Manifestation von Populismus und der Mentalität des homo-sovieticus präsentiert“ (Zarycki 2015: 716).

Der polnische Marktpopulismus der frühen 1990er Jahre hat zahlreiche Paradoxien erzeugt. Walesa, der gegen starke Gewerkschaften, steigende Löhne und Streiks argumentierte, lieferte im Zuge seiner Präsidentschaftskampagne die Vorlage für die spätere Strategie seiner Mitkämpfer Jaroslaw und Lech Kaczyński. Nachdem Hoffnungen auf eine rasche Stabilisierung mit den Realitäten von Arbeitslosigkeit, Armut und sinkenden Löhnen konfrontiert waren, schaltete Walesa auf ein rechtspopulistisches Ersatzprogramm um, indem er die ausbleibenden Erfolge seiner Politik den abgehobenen Eliten und Überresten kommunistischer Seilschaften zuschrieb. National-katholische Slogans und eine Politik der „Dekommunisierung“, der Ausschluss ehemaliger Kommunisten von öffentlichen Ämtern, rückten an die Spitze der Agenda (Ost 2005: 66ff.). Zwar gewann Walesa im Dezember 1990, unterstützt von Kaczyńskis neu gegründeter *Zentrumsallianz*, die Präsidentschaft und nutzte die nach 1989 ausgebliebene Aufklärung kommunistischer Verstrickungen für einen moralischen Feldzug gegen Funktionsträger des alten Regimes. Lustration als Ersatzpolitik konnte aber keinen neuen Konsens herstellen.

Der Dissens in der polnischen Gesellschaft setzte sich in der Ausarbeitung der Verfassung fort und erklärt, dass Polen zwar als erstes Land der Region die

Abkehr vom Kommunismus eingeleitet hatte, aber als letztes, erst 1997, eine neue Verfassung hervorbrachte, in Kraft gesetzt durch ein Referendum. Im Konsultationsprozess dazu prallten konträre Vorstellungen von der politischen Identität des Landes aufeinander: Ein außerparlamentarisch erarbeiteter „Bürgerentwurf“ der *Solidarnosz* wollte die „Polnische Nation“ auf eine tausendjährige Geschichte des christlichen Glaubens verpflichten, was Säkulare und Juden unweigerlich ausgeschlossen hätte. Durchgesetzt wurde schließlich eine inklusive Präambel, die das Polnische Volk als „alle Staatsbürger der Republik (bestimmt), sowohl diejenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, als auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, sondern diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten“ (Kurczewski 2003: 170f.).

Stärker als in den etablierten Rechtsstaaten Westeuropas blieb die Verfassung ein Terrain, auf dem die politischen Lager Kämpfe ausfochten. Ihnen gegenüber stand ein aktivistisches Verfassungstribunal, welches das polnische Verständnis eines demokratischen Rechtsstaats durch höchstrichterliche Entscheidungen über die Prinzipien fairer und angemessener Gesetzgebung dynamisch entwickelte (Garlick 2005: 7ff.), auch wenn dies in politische Grundsatzentscheidungen des Parlaments intervenierte. In einer polarisierten Gesellschaft wurde eine Justiz, die tief in den Regierungsprozess eingreift, selbst zu einem Politikum (Sadurski 2014: 132ff.), das 2015 im Streit um die Zusammensetzung des Verfassungstribunals und der Richterschaft erneut aufbrechen sollte.

Überlagert wurden die identitätspolitischen Kämpfe der 1990er Jahre von einer weiteren Paradoxie: der Rückkehr ehemaliger Kommunisten an die Macht. Dank ihrer organisatorischen Kapazitäten und ihrer Verankerung in den alten Gewerkschaften führten die sozialdemokratisch geläuterten Postkommunisten im Verbund des SLD (Bündnis der Demokratischen Linken) von 1993 bis 1997 und nochmals von 2001-2005 Koalitionsregierungen an und stellten mit Alexander Kwasniewski von 1995 bis 2005 den Präsidenten. Diese unerwartete Konstellation bezog ihre Legitimation aus drei Quellen: der Herstellung einer linken Koalition zur sozialpolitischen Abfederung fortgesetzter Marktrefor-men, Polens Einbindung in die NATO und dem Beitrittsprozess zur EU (Rae 2008: 118ff.).

III. Die materielle Basis des populistischen Phänomens

Polens Weg in die EU hat denn auch die westliche Wahrnehmung des Landes geprägt. Die Osterweiterung der EU galt als „historischer Glücksfall und einzigartige Erfolgsgeschichte“ (FAZ, 17.1.2018), insbesondere für Polen, dessen Wirtschaft 1992 als erste der Region – nach einem tiefen Einbruch – erneut wuchs. In den ersten 20 Jahren der Transformation lag die durchschnittliche

Wachstumsrate bei 4,3 Prozent und blieb selbst über die globale Finanzkrise hinweg positiv. In den Rechnungen des IWF hatte sich das Pro-Kopf Einkommen 2012 gegenüber 1989 verdoppelt, sodass man ein „neues Goldenes Zeitalter Polens“ verkündete (Piatkowski 2013). Die differenzierteren Kopenhagen-Kriterien von 1993 für den Beitritt zur EU sollten freilich nicht nur Konvergenz an den reicheren Westen, sondern auch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbürgen. Seit 2015 aber scheint sich eine neue Spaltung des Kontinents in gute Europäer und autoritäre Populisten abzuzeichnen: „Die Kampflinie für westliche Werte verläuft durch Polen“ (Kupchan 2018).

Wie aber kann sich die Einschätzung eines Landes, dessen Konformität zum Rechtsbestand der EU die Europäische Kommission in aufwändigen *Screening*-Verfahren überprüft hatte, so fundamental ändern? Wie ist zu erklären, dass eine konsolidiert scheinende Demokratie unversehens in autoritäres Fahrwasser gerät? Diese Fragen verweisen auf eine zweifach verkürzte Perspektive, aus der westliche Beobachter die postkommunistische Entwicklung Polens (wie auch die der gesamten Region) betrachten und zugleich auf die charakteristische Selbstüberhöhung der EU-Politik. Einerseits war Brüssel zu sehr von der marktliberalen Rhetorik der polnischen Führung angetan, um die gesellschaftlichen Konfliktlinien ernst zu nehmen, wobei die Strukturfonds die regionale Heterogenität des Lands und den auf ihm lastenden Peripherisierungsdruck noch erhöht haben. Andererseits hat die rechtsliberale Regierung Tusks über den Lobliedern der EU das Protestpotenzial in der eigenen Gesellschaft und die Gründe des Wahlerfolgs der rechtskonservativen PiS ignoriert.

Die an der Oberfläche von Wachstumszahlen festgemachte Erfolgsgeschichte des postkommunistischen Polen hat überdeckt, dass sich „radikale Reformpolitik“ keineswegs als Zauberformel zum Anschluss an westlichen Wohlstand erwies. Die EU-Hilfen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Polen ungeachtet seiner Wachstumsraten Züge eines peripheren Kapitalismus ausgebildet hat: Regionale Heterogenität, Sonderwirtschaftszonen mit Steuervorteilen für internationale Unternehmen, eine Dominanz ausländischer Firmen in den Export- und Importsektoren, die stärker über niedrige Löhne als Produktivitätsfortschritte konkurrieren.

Üblicherweise wird die regionale Heterogenität des Lands durch das Gefälle zwischen einem „Polen A“ der erfolgreichen städtischen Regionen um Warschau, Krakau, Breslau und Posen, einem „Polen B“ der Städte der zweiten Reihe und einem ländlichen „Polen C“ charakterisiert, in dem sich Probleme einer kleinteiligen Landwirtschaft konzentrieren. Die regionalen Unterschiede der Einkommen, Investitionen und der Beschäftigung haben sich im Zuge der Marktreformen verstärkt, sodass Polen das stärkste interregionale Gefälle aller OECD-Mitglieder aufweist (Blazyca u.a. 2002; Sagan 2012). In der zentralisti-

schen Politik Warschaus hat diese Entwicklung spät Aufmerksamkeit gefunden. Die Privilegierung der Metropolen entsprach durchaus einer auf prosperierende Mittelklassen fixierten Politik, welche marginalisierte Regionen und Bevölkerungsgruppen links liegen ließ. In den süd- und nordöstlichen Kreisen sowie in Dörfern und kleinen Städten, bei einer überdurchschnittlich alten, nicht sonderlich gebildeten Bevölkerung aber fuhr PiS ihren ersten Wahlerfolg im Oktober 2007 ein (Szczerbiak 2008: 426).

Statt regionale Disparitäten anzugehen, hatten die Regierungen seit 1994 ausländische Investitionen in Sonderwirtschaftszonen steuerlich gefördert. Mehrere tausend internationale Unternehmen hatten sich bis 2016 in 14 speziell entwickelten Industrieparks mit über 300 Außenstellen angesiedelt. Die Infrastruktur und die Verkehrswege wurden vom Staat bereitgestellt, der zudem auf Unternehmens- und Grundsteuern verzichtete und gegebenenfalls Subventionen dazugab (Grzegorzcyk 2018). In Kooperation mit globalen Unternehmensberatungen wie KPMG entworfen, wurden die Verflechtungen der *greenfield investments* mit der heimischen Industrie und Forschung wenig berücksichtigt (OECD 2016: 41), was den westlichen Mutterkonzernen höchstmögliche Dispositionsfreiheit belässt. Die Zusammenarbeit von KPMG und der Polnischen-Deutschen Handelskammer hebt den nicht zufälligen Umstand hervor, dass Deutschland die höchsten Direktinvestitionen tätigt und 2013 mit über 6.300 Unternehmen präsent war. Mit außerordentlichem Erfolg: wie das polnische Finanzministeriums betont, erwirtschaftet etwa die deutsche chemische und pharmazeutische Industrie mit Investitionen von 1,7 Milliarden Euro jährlich 2,6 Milliarden Einnahmen (MSP 2015).

Für die Produktivität der Wirtschaft insgesamt, für die Beschäftigung und die Einkommen hat sich das polnische Wachstumsmodell nur eingeschränkt ausgezahlt. Technologische *spillover*-Effekte von ausländischen auf einheimische Unternehmen halten sich in Grenzen. Ein Blick auf die Gesamtexporte zeigt überwiegend Güter mit niedrigem Technologiegehalt, wobei die polnische Arbeitsproduktivität unterhalb der türkischen liegt. Wachstumserfolge werden durch zurückbleibende Lohnkosten erzielt (OECD 2016: 16). Selbst das anhaltende Wachstum aber reichte nicht aus, um den Arbeitsmarkt zugunsten der Beschäftigten zu drehen. Insbesondere die 55- bis 64-Jährigen leiden unter einer Beschäftigungsquote von kaum über 40 Prozent.

Entlastet wurde der Arbeitsmarkt allerdings durch die Abwanderung von (je nach Angaben) fünf bis acht Prozent der Bevölkerung, der höchsten Abwanderungsrate der Region. Strukturell schwächere Landesteile haben bis zu einem Drittel der jüngeren Generation verloren, ein Trend der bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 24 Prozent im Jahr 2014 anhalten wird. Vor allem beruflich qualifizierte und Hochschulabsolventen kehren dem Land wegen schlechter

Bezahlung und prekärer Arbeitsverhältnisse den Rücken. Denn die hohe Profitabilität internationaler Unternehmen lässt keine Rückschlüsse auf ein angemessenes Lohnniveau zu. Im Gegenteil: Leih- und Zeitarbeit, kurzfristige Verträge zu Mindestlöhnen von 450 Euro, Produktionsarbeit auch bei Unternehmen wie Henkel, Toshiba, VW oder Bosch-Siemens für monatlich unter 800 Euro sind in einer Ökonomie, die mit Niedriglöhnen wirbt, Teil des Programms (Zabrzynski/Brzoska 2017). Nicht zufällig also liegt der Anteil der *working poor*, hinter dem eine überhandnehmende irreguläre Beschäftigung steht, weit über dem EU-Durchschnitt (OECD 2016: 27f.). Ärmere Familien könnten ohne die Rücküberweisungen emigrierter Angehöriger, die sich 2014 insgesamt auf ein Prozent des Sozialprodukts beliefen, kaum ihre Ausgaben decken.

Die Marginalisierung und Zersplitterung der Gewerkschaften hat ihren Teil dazu beigetragen, den Aufbau von Gegenmacht zu verhindern. Das ist nicht nur auf ideologische Differenzen zwischen den drei großen Dachverbänden zurückzuführen, sondern auch auf die Anzahl von über 25.000 registrierten Einzelgewerkschaften, in denen gleichwohl lediglich 12 Prozent aller Beschäftigten organisiert sind (Bender 2017). Arbeitnehmerräte, die seit 2006 von den Belegschaften gewählt werden, sind nur in 9 Prozent der Betriebe präsent und verfügen kaum über Mitbestimmungsrechte.

Die Regierung Tusk hat alles darangesetzt, die Gewerkschaften ohnmächtig zu halten. Der Staat hat sich der Umsetzung der wenigen Ergebnisse einer Tripartistischen Kommission, in der die gewerkschaftlichen Dachverbände sozialpolitische Forderungen artikulieren, weitgehend verweigert. Die Einführung zivilrechtlicher Beschäftigungsverhältnisse, die gewerkschaftlicher Vertretung und dem Arbeitsrecht entzogen sind, hat ein Heer von Scheinselbstständigen erzeugt. In der EU hat Polen mit nahezu 30 Prozent den höchsten Anteil befristeter Verträge, für die weder der Mindestlohn noch der Kündigungsschutz gilt (OECD 2016: 76f.). Privatisierungen von Krankenhäusern und Entlassungen waren ein wohlfeiles Mittel, besser organisierte Belegschaften abzuwickeln. Angesichts einer feindlich gesonnenen Regierung sahen sich Krankenschwestern und Ärzte zur ungewöhnlichen Aktionsform von Hungerstreiks gezwungen. Selbst die hochorganisierten Lehrer konnten die demografisch begründete Kündigung von 8.000 Kollegen nicht verhindern.

Die phantastische „*growth story*“ Polens überdeckt, wie sehr die polnische Gesellschaft auseinanderwachsen ist: die sozialstrukturelle Polarisierung, die der ideologischen Konfrontation zwischen rechtliberalem und rechtsnationalem Lager vorausgegangen ist. Hinter der durchschnittlichen Steigerung der Markteinkommen zwischen 1989 und 2015 verbirgt sich, dass die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher ihren Anteil von 23 auf 40 Prozent des Gesamteinkommens steigern konnten, während die mittleren 40 Prozent von 47 auf 37 Prozent zurück-

gefallen sind; die untere Hälfte der Einkommensbezieher ist von 31 auf 23 Prozent abgesackt. Insgesamt ist das Einkommen der obersten Dezile sechsmal so rasch gestiegen wie das der unteren 50 Prozent (Bukowski/Novokmet 2017). Steiler noch fällt die Polarisierung der Vermögen aus. Die Hälfte der über 50-Jährigen verfügte zwei Jahrzehnte nach der Wende über 6 Prozent, die obersten 10 Prozent über 62 Prozent des Gesamtvermögens (Letki u.a. 2014: 492f.).

Berechnungen dieser Art sind keine rein statistische Übung, wenn man sie auf das in der polnischen Gesellschaft vorherrschende Wertmuster bezieht. 2010 beurteilten 90 Prozent der Bevölkerung die steigende Ungleichheit als kritisch. Diese Einstellung wird selbst von denen geteilt, die ihre persönliche Situation positiv sehen (ebd.: 495). Offenbar hat sich der neoliberale Slogan, dass steigende Ungleichheit die Kehrseite von Effizienz und Freiheit darstellt, nicht gegen den tiefsitzenden Egalitarismus der polnischen Gesellschaft durchgesetzt.

Das hängt freilich auch mit einer Erfahrung zusammen, die der meritokratischen Ideologie zuwiderläuft. In Polen hängen Wohlstand und Aufstieg ebenso von informellen Verbindungen und Loyalitäten ab wie von Leistung und Qualifikationen. Besonders skandalös erscheinen die Karrieren ehemaliger Parteifunktionäre in den privatisierten Unternehmen, die Vergabe von Führungsstellen nach Parteizugehörigkeit und die Politisierung der Justiz. Klientelismus und Korruption werden als zentrale Probleme erfahren, beim Zugang zu medizinischen Dienstleistungen, in der Rechtsprechung oder der Erteilung von Lizenzen. Weite Bereiche der Korruption sind zwar dem Auge der Öffentlichkeit entzogen, etwa die Machenschaften der Zoll- und Finanzverwaltung oder die Vergabe staatlicher Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung (OECD 2016: 101). Die Aufsichtsräte und Vorstandsposten der nach wie vor zahlreichen öffentlichen Unternehmen dienen den Parteien als logistische Basis, und auch dazu, über das Anzeigengeschäft die Medien im Sinne der je regierenden politischen Lager zu beeinflussen.

Die polnische Soziologin Maria Jarosz, deren Erfahrungen mit staatlichen Schattenaktivitäten in die Zeit des Kommunismus zurückreichen, hat das Fortwirken alter Seilschaften, die Durchdringung von Politik, organisiertem Verbrechen und Geheimdiensten eindringlich beschrieben (Jarosz 2005). Der Weg der postkommunistischen Politik war von Affären, Untersuchungsausschüssen, Misstrauensvoten und Rücktritten gesäumt. Die einzige erfolgreiche linke Partei, die SLD, fiel über eine Bestechungsaffäre in die Bedeutungslosigkeit, sodass seit 2005 rechte Parteien das Feld beherrschen (Gwiazda 2016: 121ff.).

IV. Ideologische Blockaden: Rechtsliberalismus vs. Nationalkatholizismus

Als die rechtsliberale PO die Nachfolge der diskreditierten Postkommunisten antrat, war ihr die Distanz der Bevölkerung zur politischen Klasse bekannt. Sie ging jedoch davon aus, dass es zur Fortsetzung einer Marktmodernisierung keine Alternative gibt. Die PiS galt nicht als ernsthafte Konkurrenz, sondern als letztes Aufgebot eines historisch obsoleten Milieus, welches nicht verstanden hat, dass seine Zeit in einem europäisierten Polen abgelaufen ist. Gemäß der von Zarycki aufgezeigten Strategie der Stigmatisierung bezeichnete man die Aktivisten von PiS als „Mohair Bajonette“ – eine Versammlung ärmlicher katholischer Frauen vom Lande, die ihre Weltsicht aus den Botschaften des rechtskatholischen Senders Radio Maryja beziehen und an ihrer aus der Zeit gefallenem Kopfbedeckung leicht zu erkennen seien (Chachinski 2007).

Insofern kam der erste Wahlsieg der PiS über der PO bei den Parlamentswahlen von 2005 und den Präsidentschaftswahlen von 2007 überraschend, ebenso wie die Koalition vom PiS mit zwei exzentrischen Parteien (Millard 2008), der rechtsextremen Liga der Polnischen Familien und der eher linkspopulistischen *Selbstverteidigung* (Stanley 2017: 147). Auch das war freilich Zeichen eines unbedingten Willens zur Macht, mit dem die „populistischen Zwillinge“ Jaroslaw und Lech Kaczynski (Fred Halliday) schließlich beide Spitzenämter des Staats eroberten. Tatsächlich war die PiS gegen die „primitive Form des Liberalismus“ und die Korruption ihrer Vorgängerregierungen angetreten, um die in ihren Augen unvollendete *Solidarnosz*-Revolution zu Ende zu führen (vgl. Rae 2008: 156ff.). Die Attitüde einer „Vierten Republik“ signalisierte eine radikale Agenda, zu der die Reinigung der heimischen Institutionen, die Übernahme von Leitungsfunktionen der öffentlichen Unternehmen und des Nationalen Rundfunkrats sowie die Aktivierung alter Feindbilder gegenüber Deutschland und Russland gehörten. Das Projekt einer Durchleuchtung von 600.000 Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, in den Medien und im Erziehungssystem scheiterte allerdings am Verfassungstribunal (Sadurski 2014: 359ff.), sodass auch dessen Zusammensetzung, wenn nicht eine Bereinigung der Verfassung um ihre säkularen Elemente ins Visier rückte. Eine Konfrontation mit der EU, von der man die volle nationale Souveränität zurückholen wollte, war bewusst eingeplant.

Das aggressive Agieren der Kaczynkis und interne Zerwürfnisse ihrer Koalition sorgten dafür, dass die erste PiS-Regierung als eine vorübergehende Episode erschien, deren Ende sie selbst durch die Auflösung des Parlaments herbeigeführt hatten. Bei den vorzeitigen Parlamentswahlen 2007 feierte die PO unter Donald Tusk einen deutlichen Wahlsieg, 2010 übernahm ihr Kandidat Bronislaw Komorowski das Präsidentenamt. So galt der kurze Auftritt der „populistischen

Zwillinge“ als ein lehrreiches Zwischenspiel darüber, wohin eine geringe Wahlbeteiligung führen kann. In dieser Gewissheit trafen sich Journalismus und Soziologie. „Die Vierte Republik, das Gespinnst der Brüder Kaczynski aus Machtfantasie, Bedrohungsangst und Erlösungsvision, war nie mehr als eine Kinderkrankheit der Demokratie“, wie Konrad Schuller versicherte (Schuller 2007). Dafür konnte er sich auf die polnische Soziologin Jadwiga Stanitzkis stützen, die den Erfolg populistischer Parteien in der Slowakei, Ungarn und Polen als „Ausdruck von Ratlosigkeit“ wertete: Die neotraditionalistischen Eliten versuchten ein letztes Mal ihre überkommenen Vorstellungen von nationalem Interesse gegenüber der administrativen Kultur der EU, der Macht internationaler Unternehmen und den Imperativen des globalen Kapitalismus durchzusetzen. In der Realität aber sei die polnische Gesellschaft einer rigiden nationalkatholischen Moral längst enteilt (Stanitzkis 2006).

Mit der Machtübernahme der PO war der Antagonismus der politischen Lager indessen keineswegs obsolet geworden. PiS war die bei Weitem stärkste Oppositionskraft im Wartestand geblieben. Trotz der Warnung von 2005 aber setzte Tusk ganz auf die oben umrissene neoliberale Agenda. Über die Finanzkrise hinweg konnte sich die PO bei ihren Wählern trotz eines Wachstumseinbruchs noch profilieren: durch den Hinweis auf die weitaus schlechtere Lage in Südeuropa und den zentraleuropäischen Nachbarstaaten. Zwei einschneidende Maßnahmen wendeten jedoch das Blatt. Zum einen lief die Heraufsetzung des Pensionsalters für Frauen von 60, für Männer von 65 auf 67 Jahre angesichts der Beschäftigungschancen dieser Generation schlicht auf Kürzungen hinaus. Zum anderen zog der Versuch, restriktive intellektuelle Eigentumsrechte im Rahmen der ACTA Verhandlungen durchzusetzen, auf unerwartete massive Straßenproteste der jüngeren Kernwählerschaft der PO (Marcinkiewicz/Stegmaier 2016). Den Bruch mit der Öffentlichkeit besorgte die Veröffentlichung interner Kommunikationen, in denen verschiedene Minister des Kabinetts Tusk den Zynismus der Macht vorführten, den man ihnen immer schon zugehört hatte. Mit anderen Worten, das von Szacki bereits bei den Rechtsliberalen der 1980er Jahre ausgemachte „archaische (nämlich etymologische) Verständnis von Demokratie“: „Nicht selten glaubt man, die Macht der Mehrheit dürfe keinerlei Beschränkungen unterliegen, und wer die Mehrheit hinter sich habe, habe damit das Recht alles nach seinem Geschmack umzugestalten“ (Szacki 2004: 321).

V. Rechtspopulismus in Aktion

Vor diesem Hintergrund zog die Partei *Recht und Gerechtigkeit* am 25. Oktober 2015 mit 37,6 Prozent der Wählerstimmen, der ersten absoluten Mehrheit ei-

ner Partei im postkommunistischen Polen, an der Konkurrenz vorbei. Zurück blieben mit 24,1 Prozent die PO und mit 7,7 Prozent die *Vereinigte Linke*, das Wahlbündnis der bis 2005 regierenden ex-kommunistischen Sozialdemokraten (SLD) mit zwei weiteren Linksparteien. Das Verschwinden der Linken aus der parlamentarischen Repräsentation zeigt an, wie sehr es PiS gelungen ist, die linke sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik zu absorbieren, ohne ihre national-katholische Identitätspolitik zu moderieren. Ausschlaggebend für ihren Erfolg war, dass sie gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Umkehr der Rentenreform angetreten ist und die Einführung eines Kindergelds, die Erhöhung von Mindestlöhnen und eine Steuerpolitik angekündigt hat, um die breite Schicht prekär Beschäftigter über die Armutsschwelle zu heben.

PiS nutzte ihre absolute Mehrheit allerdings zur Realisierung eines weit über sozialpolitische Reformen hinauschießenden Projekts. Kaczynski verstand den Erfolg von PiS nicht als Wahlsieg, sondern als Plebiszit zur Vollendung der am Runden Tisch abgebrochenen Revolution, die als solche eine „extraordinäre Politik“ nach seiner Façon legitimiert.

Konnte man von der Abwahl der liberalen Regierung in Warschau noch überrascht sein, so kaum über die Radikalität, mit der die PiS daran ging, die Kommandohöhen der Macht zu übernehmen. Kaczynski, der die Regierung in der Art eines Revolutionsführers ohne eigenes Amt aus dem Hintergrund dirigiert, setzte seine national-konservative Revolution dort fort, wo sie 2007 stecken geblieben war. Ohne sich um verfassungskonforme Verfahren zu scheuen, hebelte PiS zunächst das Verfassungstribunal aus, welches ihr erstes Gesetz zu „Entkommunisierung“ der öffentlichen Institutionen und Medien zu Fall gebracht hatte. Nun wurden unter den Verfassungsrichtern selbst Überbleibsel des kommunistischen Systems ausgemacht. In nächtlichen Sitzungen wurde das Gesetz über das Verfassungstribunal in der Absicht novelliert, durch dessen veränderte Zusammensetzung und Arbeitsweise die Exekutive der höchstrichterlichen Kontrolle zu entziehen. Drei weitere Gesetzesvorhaben sollten den Aktionsradius der Justiz empfindlich einschränken: die Unterordnung der Staatsanwaltschaft unter das Justizministerium, die Kompetenz des Justizministeriums über die Gerichtsvorsitzenden zu entscheiden, und eine Justizreform, der zufolge die Parlamentsmehrheit die Ernennung von Richtern steuern kann.

An der ideologischen Front wurden die öffentlichen Medien radikal auf Linie gebracht. Die Regierung autorisierte sich, die Redaktionsleitungen der öffentlichen Sender umzubesetzen, um sie in national-kulturelle Institute umzuwandeln. In kürzester Zeit hat die moralische Wende der PiS die Konfrontation mit der Theaterszene, Filmemachern, Museumsdirektoren und kulturellen Repräsentanten im Ausland gesucht, die in der Regel mit Rücktritten endeten. Die patriotische Linie reicht vom Versuch, das international ausgerichtete Danziger Museum

des Zweiten Weltkriegs auf polnisches Heldentum umzustellen bis zur Einführung patriotischen Schulunterrichts. Nichts hat die Obsession, mit inländischen Verrätern und ausländischen Agenten abzurechnen deutlicher demonstriert, als der Propagandafilm *Smolensk*, eine pseudodokumentarische Inszenierung des Flugzeugabsturzes, dem der seinerzeitige Präsident Jaroslaw Kaczynski und weitere *Solidarnosz*-Veteranen zum Opfer gefallen waren. Die Sakralisierung der „Katastrophe von Smolensk“, die russischen Geheimdiensten, Gazprom und inländischen Mittätern zugeschrieben wird, erreicht Züge eines Personenkults, der von der Aufbahrung des verunglückten Bruders in der Königsgruft des Krakauer Wawel zur Umbenennung von Straßen und Plätzen reicht.

Die Provinzialisierung des Kulturbetriebs findet ihre außenpolitische Verlängerung in der Ambition, Polens historische Größe durch eine Konfliktstrategie gegenüber Deutschland, Russland und der EU unter Beweis zu stellen. Bislang speist sich Polens strategische Konzeption allerdings nur aus frei flottierenden Feindbildern. Der Vergleich der Ostsee-Gaspipeline mit dem Hitler-Stalin-Pakt spekuliert auf alte Reflexe, um innenpolitisch Gefolgschaft zu mobilisieren. Die traditionelle Russophobie, durch die sich Polen das Gefühl zivilisatorischer Überlegenheit gegenüber Moskau verschafft (Zarycki 2004), mag der EU und der US-Außenpolitik in der Konfrontation mit Russland recht sein. Problematischer wird es mit Titelbildern der PiS-nahen Presse, die etwa Angela Merkel in gebeugter Hitlerpose über einem Kartentisch zeigen, assistiert von uniformierten EU-Politikern.

Die polnische Obstruktion von Mehrheitsbeschlüssen in der EU war man seit langem gewohnt: Politiker aller Couleur waren bereit, „bis zum Tod“ für Polens Stimmengewicht in der EU zu kämpfen. Dabei ging es stets noch um Polens Status innerhalb der EU. So kam es überraschend, dass PiS 2017 (erfolglos) alles daransetzte, die Wiederwahl Tusks zum Ratspräsidenten der EU zu verhindern, und damit Polens Autorität in der EU schwer beschädigte. Mit dem ideologischen Gegner abzurechnen war wichtiger, als eine Schlüsselposition der EU zu besetzen. Zugleich deutet sich darin eine Abkehr vom dem Europaverständnis an, das bislang als außenpolitischer Konsens Polens galt. In den Vorstellungen der gegenwärtigen Führung schrumpft die EU auf eine Allianz souveräner Staaten in ausgewählten Problembereichen zusammen. Wie weit sich die polnische Führung von den Realitäten der europäischen Politik verabschiedet hat, zeigt sich im wiederbelebten Traum eines „Intermariums“, einer geopolitischen Allianz mittelosteuropäischer Staaten von der Ostsee zum Schwarzen Meer, die den Druck Russlands und Deutschland auszubalancieren hätte (Andrychowicz-Skrzeba/Feucht 2016).

So wenig kohärent wie ihre Haltung zur EU ist die ideologische Basis der PiS selbst. Sie ist einerseits integrativ in dem Sinn der katholischen Soziallehre, dass

Freiheit kein Gegensatz zu Solidarität sein darf, die sozialen Pathologien des postkommunistischen Polen daher der neoliberalen Erosion von Zusammengehörigkeit geschuldet seien (Beyer 2010). Sie ist andererseits illiberal im Sinne der reaktionären katholischen Liberalismuskritik, die in der westlichen Demokratie einen zerstörerischen Individualismus, normatives Chaos, die Unterdrückung abweichender Meinungen und die Enteignung des Nationalen durch die EU am Werke sieht (Legutko 2017). Wie kein anderer versteht sich Kaczynski darauf, beide Seiten dieser Ideologie demagogisch zu verknüpfen: das Pathos der *Solidarnosc*-Solidarität mit einer polarisierenden Sprache zu verbinden, welche die „guten Polen“ gegen innere „Schädlinge“ und äußeren Feinde ausspielt.

VI. Grenzen und Chancen der Opposition

Die polnische Opposition hatte gehofft, dass sich Kaczynskis totalisierender Feldzug selbst den Boden entzieht, indem er die besseren verfassungspatriotischen Seiten der polnischen Tradition wachruft. Westliche Beobachter erwarteten, dass überzogene sozialpolitische Versprechen und der ökonomische Nationalismus der PiS zu Überschuldung und Kapitalflucht führt. Die EU sah sich gefordert, gegen den Rechtsnihilismus der PiS ein Überprüfungsverfahren wegen mehrerer Verstöße gegen Rechtsgrundsätze der EU einzuleiten, das zum Entzug von Stimmrechten in den EU-Institutionen führen könnte. Angesichts der Erfahrungen mit dem osteuropäischen Populismus im Allgemeinen und der PiS im Besonderen, ist allerdings eine differenzierende Sicht angebracht.

Die parlamentarische Opposition ist aufgrund ihrer Fragmentierung innenpolitisch nicht aktionsfähig. Die PO hat mit den *Modernen* eine Konkurrenz erhalten, die ihren neoliberalen Kurs überbietet, und ihr Wählerpotenzial vermutlich bereits ausgeschöpft. Die Erfolge der rechtsextremen Populisten der *Kukiz 15*, die 30 Prozent der Jungwähler einsammelte und als zweitstärkste Oppositionspartei in das Parlament einzog, stellen die ohnehin bescheidenen Ergebnisse der neuen Linkspartei *Razem* in den Schatten.

Ein ermutigender außerparlamentarischer Auftakt, der populistischen Subversion der polnischen Demokratie entgegenzutreten, wurde von den massiven Protesten gegen die Justizreform und die Gleichschaltung der öffentlichen Medien gegeben, die vom Komitee zur Verteidigung der Demokratie koordiniert wurden. Aufgeklärte Bürger in den großen Städten, die bei den größten Massenprotesten im neuen Polen die Verfassung demonstrativ vor sich hertrugen, setzten eine starke Gegensymbolik zu den nationalkatholischen Hostienträgern der PiS. An ihnen nahm eine gestärkte Frauenbewegung teil, die allen Grund hat, Kaczynskis „Vierte Republik“ und den letzten katholischen Fundamentalismus auf europäi-

schem Boden zu fürchten. Grenzen werden der neuen polnischen Zivilgesellschaft jedoch durch Verschärfungen des Demonstrationsrechts, Polizeieinsätze und ihre Diskreditierung in den gewendeten Massenmedien gesetzt.

Angesichts ihrer begrenzten Chancen setzt die polnische Opposition ihre Hoffnungen auf eine Intervention der EU. Die Europäische Kommission, die OSEZ und die von internationalen Verfassungsrechtlern besetzte Venedig-Kommission des Europarats haben die Aktionen der polnischen Regierung als Verletzung sowohl der polnischen Verfassung als auch europäischer Rechtsstandards kritisiert. Ein Rechtsstaatsverfahren gegen Warschau kann zunächst Empfehlungen vortragen. Ob die polnische Regierung dem Ausgang eines solchen Verfahrens folgen und die offensivsten ihrer Maßnahmen zurückzunehmen würde, ist freilich zu bezweifeln, da sie ihr Profil durch die Verteidigung europäischer Eingriffe in die Souveränität Polens zu schärfen versucht (Machinska 2017). Ob es in einem zweiten Schritt zum Entzug von Stimmrechten käme, ist zweifelhaft.

Die EU könnte freilich erkennen, dass auch ihren Interventionen Grenzen gesetzt sind. Ihr legalistischer Ansatz greift in Ländern, deren Verfassungen und Rechtssysteme noch vom politischen Kampf um die nachkommunistische Ordnung geprägt sind, nur bedingt. Eine aktivistische Jurisdiktion, die tief in das Regieren eingreift, ist in höherem Maße als die Justiz in den westeuropäischen Staaten ihrerseits politisch umkämpft, da sie in das „unabgeschlossene Geschäft“ involviert ist, vergangenes Unrecht aufzuarbeiten. Sie bewegt sich unweigerlich im Dilemma zwischen gesellschaftlichen Forderungen nach ausgleichender Gerechtigkeit gegenüber vergangenem Unrecht und einer in die Zukunft orientierten Legalität (Sadurski 2014: 377ff.). PiS hat dieses Dilemma in eine Vergeltungsjustiz gewendet, die rechtsstaatliche Prinzipien beschädigt. Hier eine angemessene Balance zu finden, übersteigt gleichwohl die Kompetenz der EU, die sich Polen gegenüber nicht in der Position der Bundesrepublik befindet, welche ihr Rechtssystem umstandslos der DDR auferlegen konnte.

Nicht zuletzt würden Sanktionen die illiberale Warschauer Regierung mit der Bevölkerung identifizieren, die alleine politische Veränderungen herbeiführen kann. Tatsächlich distanzieren sich breite Bevölkerungsgruppen, die hinter der sozialpolitischen Agenda der PiS stehen, von den Exzessen des Parteivorsitzenden. Im Juni 2017 plädierten 84 Prozent der PiS-Wähler für die Mitgliedschaft der EU. Allgemein war der Wunsch, in der EU der Gruppe der möglichst eng zusammenarbeitenden Staaten anzugehören, gegenüber den Vorjahren deutlich auf 58 Prozent gestiegen (Polen-Analysen 2017). Während die Zustimmung zu PiS bis Januar 2018 auf 43 Prozent gestiegen ist, rangiert Kaczynski am unteren Ende der Beliebtheitsskala und zieht ein Höchstmaß an Misstrauen auf sich (Polen-Analysen 2018).

Die Mehrheit der Bevölkerung distanziert sich sowohl vom außenpolitischen Kollisionskurs der Regierung als auch der Polarisierung im eigenen Land. Zwei Drittel der im Oktober 2017 vom Euro-Barometer Befragten teilen nicht die antideutschen Ausfälle der PiS; Russophobie findet in Polen weniger Anhänger als in Deutschland. Positive Erwartungen in die Zukunft der EU sind in der polnischen jüngeren Generation stärker ausgeprägt als anderen Mitgliedsstaaten, auch weil sie in ihr die Demokratie besser verwirklicht sehen als im eigenen Land. Bezeichnenderweise ist die Ablehnung von populistischen Anti-Establishment Parteien unter der Regentschaft der PiS auf 72 Prozent gestiegen (European Commission 2017).

Diese Stimmungslage ist der polnischen Regierungspartei nicht verborgen geblieben. Der jüngste Regierungswechsel, in dem PiS-Hardliner durch umgänglichere Politiker wie den neuen Premier Morawiecki ersetzt wurden, könnte als Mäßigung verstanden werden. Die entscheidende Differenz zum autoritären Nationalismus Kaczynkis aber hat der polnische Präsident Duda am Nationalen Unabhängigkeitstag am 11. November 2017 gezogen. Während der Innenminister die dort martialisch auftretenden Neo-Faschisten des *Nationalradikalen Lagers* in den patriotischen Taumel eingemeindete, machte Duda klar, dass in Polen „kein Platz für einen kranken Nationalismus“ sei (zit. nach Krupa 2017). An diesem Gegensatz wird sich die polnische Gesellschaft selbst abarbeiten müssen.

Literatur

- Andrychowicz-Skrzeba, Joanna/Feucht, Roland (2016): Goodby Europe? Die Außenpolitik der polnischen PiS-Regierung. Friedrich Ebert Stiftung, Juni 2016. Berlin.
- Auer, Stefan (2004): *Liberal Nationalism in Central Europe*. New York.
- Bender, Benedikt (2017): Polnisches Puzzle. Organisation, Mitgliederentwicklung und politische Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. *Polen-Analysen*, Nr. 208.
- Beyer, Gerald (2010): *Recovering Solidarity. Lessons from Poland's Unfinished Revolution*. Notre Dame.
- Blazycza, George u.a. (2002): Poland – Can Regional Policy Meet the Challenge of Regional Problems? In: *European Urban and Regional Studies*, 9 (3): 263-276.
- Bukowski, Pawel/Novokmet, Filip (2017): Inequality in Poland. Estimating the Whole Distribution by G-Percentile 1981-2015. WID.world Working Paper 2017/21 <<http://bit.ly/2DGPxWU>>.
- Chachinski, Pawel (2007): Mohair. In: Stefani, Peter Hg. (2007): *ABC der polnischen Wunder*. Frankfurt/M.
- Dahrendorf, Ralf 2003: Acht Anmerkungen zum Populismus. In: *Transit–Europäische Revue*, Nr. 25: 156.
- Ekiert, Grzegorz (1997): Rebellious Poles. Political Crisis and Popular Protest under State Socialism 1945-1989, *East European Politics and Societies*, Jg. 11, No 2, 299-338.
- European Commission (2017): *Future of Europe*, Special Eurobarometer 467, December 2017 <<http://bit.ly/2EKSMZk>>.

- u.a. (2017): *Poland Catching-Up Regions*. Washington, D.C.
- Garlick, Lech (2005): Constitutional Law. In: Frankowski, Stanislaw Hg. (2005): *Introduction to Polish Law*. Den Haag: 1-36.
- Grzegorzczak, Małgorzata 2018: Overhaul of the special economic zones in Poland, *Central European Financial Observer*, <<http://bit.ly/2E7nAER>>.
- Gwiazda, Anna 2016: *Democracy in Poland. Representation, Participation, Competition & Accountability since 1989*. London.
- Holzer, Jerzy (2007): *Polen und Europa*, Bonn: Dietz
- Jarczyk, Henryk u.a. (2016): Die Visegrad-Gruppe. Bremsklotz der europäischen Flüchtlingspolitik, Deutschlandfunk Hintergrund, 25.8.2016 <<http://bit.ly/2CUZ8cw>>.
- Jarosz, Maria (2005): *Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende*. Wiesbaden.
- Kowalik, Tadeusz (2011): *From Solidarity to Sellout. The Restoration of Capitalism in Poland*. New York.
- Krupa, Matthias (2017): Dyktatura? Der polnischen Regierung werden die Folgen ihrer Radikalität allmählich selber unheimlich, *Zeit-Online*, 15.12. 2017 <<http://bit.ly/2BKl7gQ>>.
- Kupchan, Charles (2018): The Battle Line for Western Values Runs Through Poland. *New York Times*, 11. 1. 2018 <<http://nyti.ms/2E7dcNj>>.
- Kurczewski, Jacek (2003): Parliament and Political Class in the Constitutional Reconstruction of Poland. In: *International Sociology*, 18 (1): 1162-180.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London.
- Legutko, Ryszard (2017): *Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften*. Schnellroda.
- Letki, Natalia u.a. (2014): The Rise of Inequalities in Poland and their Impacts. When Politicians Don't Care but Citizens Do. In: Nolan, Brian u.a. (2014): *Changing Inequalities & Societal Impacts in Rich Countries*. Oxford: 488-513.
- Linz, Juan/Stepan, Alfred (1997): *Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Baltimore.
- Machinska, Hanna (2017): Das polnische Justizwesen. *Polen-Analysen*, Nr. 204, 5. 9. 2017.
- Marcinkiewicz, Kamil/Stegmaier, Mary (2016): The Parliamentary Elections in Poland, October 2015. In: *Electoral Studies* 41, 213-224.
- Merkel, Wolfgang 2008: Plausible Theory, Unexpected Results. The Rapid Democratic Consolidation in Central and Eastern Europe. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 2/2008, 12-29.
- Millard, Frances (2008): Party Politics in Poland after the 2005 Elections. In: Myant, Martin/Cox, Terry Hg. 2008: *Reinventing Poland. Economic and Political Transformation and Evolving National Identity*. New York: 65-82.
- MSP (2015): Germany is the Biggest Foreign Investor in Poland <<http://bit.ly/2n9Pqcg>>.
- OECD (2016): Economic Survey: Poland. Paris.
- Ost, David (2005): *The Defeat of Solidarity. Anger and Politics in Postcommunist Europe*. Ithaca, NY.
- Polen-Analysen (2017): Polen im Konflikt mit der EU. *Polen-Analysen* 206, 4.10.2017.
- (2018): Zwei Jahre der Regierungstätigkeit der PiS. *Polen-Analysen* 211, 23.1.2018.
- Piatkowski, Marcin (2013): Poland's New Golden Age. Shifting from Europe's Periphery to its Center, *World Bank Policy Research Working Paper* Nr. 6639, Washington, D.C.
- Rae, Gavin (2008): *Poland's Return to the Market*. London.
- Rupnik, Jacques (2017): Evolving or Revolving? Central Europe since 1989, *Transit*, Heft 50 <<http://bit.ly/2CTl0Vj>>.
- Sachs, Jeffrey (1993): *Poland's Jump to the Market Economy*. Cambridge, Mass.

- Sadurski, Wojciech (2014): *Rights Before Courts. A Study of Constitutional Courts in Postcommunist States of Central and Eastern Europe*, 2. Aufl. New York.
- Sagan, Iwona (2012): Polnische Regional- und Metropolenpolitik. Kohärenz oder Konkurrenz? *Polen-Analysen*, Nr. 103.
- Schmitter, Philippe (2006): A Balance of Vices and Virtues of 'Populisms'. European University Institute, April 2006 <<http://bit.ly/2mgbSje>>.
- Schuller, Konrad (2007): Machtwechsel in Polen. Das Ende der Vierten Republik. *FAZ*, 22.10.2007.
- Staniszki, Jadwiga (2006): Revolutionäre Eliten, pragmatische Massen. Der Pyrrussieg der polnischen Populisten, In: *Osteuropa*, 56 (11-12): 7-12.
- Stanley, Ben (2017): Populism in Central and Eastern Europe. In: Kaltwasser, Cristóbal u.a. Hg. (2017): *The Oxford Handbook of Populism*. New York: 140-160.
- Szacki, Jerzy (2004): *Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus*. Frankfurt/M.
- Szczerbiak, Aleks (2008): The Birth of a Bipolar Party System or a Referendum on a Polarizing Government? The October 2007 Polish Parliamentary Election. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 24 (3): 415-443.
- Vetter, Reinhold (2017): *Nationalismus im Osten Europas. Was Kaczyński und Orbán mit Le Pen und Wilders verbindet*. Berlin.
- Zabrzynski, Katharina/Brzoska, Maike (2017): Sonderwirtschaftszonen in Polen. Am Tropf der Weltkonzerte. Deutschlandfunk Hintergrund, 26.4.2017 <<http://bit.ly/2BspmNP>>.
- Zarycki, Tomasz (2004): Uses of Russia. The Role of Russia in the Modern Polish National Identity. In: *East European Politics and Societies*, 18 (4), 595–627.
- (2015): Class Analysis in Conditions of a Dual-Stratification Order, *East European Politics and Cultures*, 29 (3): 711-718.
- Zeniewski, Peter (2011): Neoliberalism, Exogenous Elites and the Transformation of Society. In: *Europe-Asia Studies*, 63 (6): 977-994.
- Ziemer, Klaus/Matthes, Claudia-Yvette (2004): Das politische System Polens. In: Ismayr, Wolfgang Hg. (2004): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Opladen: 189-246.

Das GroKö-Abo

Monat für Monat: Große Köpfe für große Fragen



Jetzt probelesen:
Zwei Monate
für nur 10 Euro!

www.blaetter.de